

Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung.

Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Herausgeber Nr. 27



Telegr. Adr.: Zeitung

Anzeigen werden die schrägschallende 3 mm hohe (Vollit) Zeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Werberohrung entsprechender Rabatt. Anzeigen kosten pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit für Platz, Datenvorchrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmehöchst für Öfferten und Auskunft beträgt 15 Pf. Zeitungsbeiträgen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postcheckkonto Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 12

Dienstag, den 26. Januar 1932

25. Jahrgang.

Abrüstung und Schuldfrage

Von

Dr. phil. h. c. Hans Draeger,
Geschäftsführer des Vizepräsidenten des Arbeitsausschusses
Deutscher Verbände.

Die bevorstehende Abrüstungskonferenz hat eine doppelseitige Aufgabe. Einmal die sich aus der idealen Zielsetzung des Völkerbundes ergebende Herabsetzung der Rüstungen als eines Mittels zur Verhinderung von Kriegen für Deutschland, das an sich keinen Grund hat, jemals idealen Ziel nicht zu unterstützen, hat die Abrüstungskonferenz den anderen Sinn, daß sie die Befreiung des Zustandes einer jüngst entstehenden bringt, der voller aluter Gedanken und mit der Würde und Ehre des Deutschen Reiches steht. Auch dieses Ziel kann mit der allgemeinen Idee und mit den Rechtsgrundzügen des Völkerbundes in Einklang gebracht werden, mit denen ein Zustand minderwertiges eines Mitgliedstaates unvereinbar ist. Der vorliegende Entwurf einer Konvention für die Abrüstungskonferenz ist jedoch darum eine durchaus ungeeignete Grundlage für die Behandlung, weil er in Artikel 53 die Abmachungen früherer Verträge nicht berühren will, auf Grund derselben hohe Vertraglichkeiten. Teile einer Beschränkung ihrer Rüstungen zu Lande, zur See und in der Luft auf sich genommen haben. Weiter heißt es sogar, daß das Inkrafttreten dieser Bestimmungen eine wesentliche Voraussetzung für den zu schließenden Abrüstungsvertrag sein soll.

Im Verhältnis Diktat sollten die Abrüstungsbestimmungen für Deutschland die Einleitung der allgemeinen Rüstungserklärung ermöglichen. Die alliierten und assoziierten Mächte erkannten in ihrer Antwort vom 16. Juni 1919 ausdrücklich diese allgemeine Verpflichtung an, gaben jedoch gleichzeitig den Abrüstungsbedingungen für Deutschland den Zweck und Sinn, "Deutschland die Wiederaufnahme seiner kriegerischen Angriffsrichtung unmöglich zu machen". Hiermit haben sie die Verbindung mit der Kriegsschuldfrage, der Basis des ganzen Verhältnisses Diktats, festgelegt, und dieser Standpunkt wird bis heute aufrechterhalten, wie namentlich in der französischen Deutschenheit zahlreiche Auseinandersetzungen erkennen lassen, wie es ja vornehmlich der französische Standpunkt ist, der sich in den bisherigen Abrüstungsverhandlungen der Vorbereitenden Abrüstungskommission immer wieder in bezug auf die Verhinderung einer wirtschaftlichen Abrüstung durchgesetzt hat. Der voller Deutscherheit sprach es für den kürzlich verstorbenen französischen Kriegsminister Maginot am 24. Februar 1931 aus: "Alle Völker auf dem Fuße der Gleichberechtigung behandeln? Nein. Wenn man die Kriegsgefahren mindern, wenn man eine internationale Gerechtigkeit in der Welt herstellen lassen will, ist es notwendig und gerecht, sowie eine Sicherung für die anderen Völker, daß die Länder, die die Angreifer gewesen sind, strengere Rüstungsbeschränkungen auf sich nehmen müssen, als die Nationen, die keinen Angriff begangen haben."

Welt es "Angreifer" gewesen...! In diesem Sinne dichten sich der "Temps", Oberst Haubry und eine ganze Reihe anderer französischer Gelehrten so mit deutschen Ansprüchen auf die Auseinandersetzung, die Frankreich angeblich erlitten haben soll, der französische Staatspräsident Doumergue am 9. April v. d. der französische Ministerpräsident Laval am 22. Oktober und die französische Denkschrift über die Abrüstung vom 15. Juli 1931.

Ebenso wie Deutschland der Angreifer von 1914 gewesen sein soll, wird die französische Sicherheitstheorie mit der Möglichkeit künftiger Angreifender Deutsches begründet, wobei dann der Begriff des Potentiel de la guerre eine große Rolle spielt. In diesen Begriff werden schließlich die größere Volkszahl und die industriellen Möglichkeiten einbezogen, während andere, wie Oberst Fabry, noch künftig hinzufügen, daß selbst nach den Friedensverträgen die deutsche Militärmacht ihren offensiven Charakter nicht verloren haben, während die ganze gewaltige Rüstung Frankreichs als ausschließlich defensiv und gerade noch als den Mindestforderungen der französischen Sicherheit entsprechen besteht. Die französische Sicherheitsangst, die Propaganda, die getrieben wird, um die französische Rüstung als ausreichend defensiv hinzustellen, hat somit zur Gründlage die ständig genährte Vorstellung des deutschen Angriffs von 1914, der früher liegenden "Auseinandersetzung" von 1815 und 1870, aus der die Vorstellung der ständigen Möglichkeit neuer deutscher Angreifender für die Zukunft hergeleitet wird, weiter unterstrichen durch ständig gehäufte Verdächtigungen über die angebliche deutsche Geheimrüstung.

Demgegenüber muß deutscherseits gerade auch hinsichtlich der bevorstehenden Abrüstungskonferenz außer den schon genannten Forderungen auf Gleichberechtigung und gleiche Sicherheit der Kampf gegen die Kriegsschuldfrage zur Unterstützung der deutschen Thesen herangezogen werden. Daß Deutschland nicht der Angreifer von 1914 war, sondern vielmehr in einer durchaus und selbst eindeutigen Vereidigungsstellung sich befand, ist hinlänglich durch die gesamte Forschung erwiesen. Die Revision der Verfassung, die, wie der Arbeitsausschuss Deutscher Verbände in seiner Rundfahrt am 10. Januar 1932 ausgesprochen hat, ihre zerstörende Wirkung zwölf Jahre lang ausübt, ist notwendiger wie je und die endliche Lösung der Abrüstung

Ratstagung eröffnet.

Polen sabotiert die Agrarbeschwerde. — Deutschland widersteht sich der Vertagung. — China beantragt Behandlung des Mandchurienkonflikts.

Genf, 26. Januar.

Unter dem Vorsitz des französischen Delegierten Paul Boncour begann in Genf der neue Tagungsbereich des Völkerbundes, in dem Deutschland durch den Gesandten von Weizsäcker vertreten wird. Gleich die erste Sitzung, die viele geheim war, nahm einen lebhaften Verlauf. Der chinesische Delegierte Yen verwies auf die Ereignisse in Shanghai und beantragte angesichts der bedrohlichen Lage die unverzügliche Wiederaufnahme des Verfahrens vor dem Rat. Der Rat beschloß — einzogen den bereits getroffenen Anordnungen — noch am Eröffnungstag eine Sonderung zur Behandlung des japanisch-chinesischen Konflikts einzubereiten.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung beantragte der polnische Außenminister Zaleski die Vertagung der Agrarbeschwerde der deutschen Minderheit bis zur Ratstagung im Mai.

Der deutsche Vertreter von Weizsäcker widerholte sich mit einem Nachdruck. Es wurde beschlossen, daß der Vertreter des Völkerbundes für die Minderheitfrage, der japanische Botschafter Sato, mit den beiden beteiligten Abordnungen persönlich Fühlung über die Behandlung aufnehmen solle.

Die öffentliche Sitzung des Rates, an der die Außenminister Spaniens, Polens und Südtirols teilnahmen, begann mit einer Kundgebung für Briand. Sämtliche vierzehn Ratsmächte brachten ihr Bedauern über sein Fernbleiben zum Ausdruck. Im Namen der französischen Regierung erklärte Paul Boncour, Briand bleibe nach wie vor ständiger Delegierter Frankreichs im Völkerbund.

Der Rat beschloß sodann, der Abrüstungskonferenz eine Zusammenstellung des gegenwärtigen Standes der zivilen Luftfahrt der einzelnen Länder sowie der bestehenden internationalen Abkommen über die zivile Luftfahrt zu übermitteln. Der vorläufige Zeit eingeleitete Ausfa

ndungs- und Aburtrags aus den zwingenden Gesichtspunkten erforderlich. Der Kampf gegen die falsche Verlängerung Kriegsschuldtheorie ist und bleibt das notwendige Mittel zum Kampf für die deutsche Gleichberechtigung auch in der Abrüstungsfrage.

Groener an Frankreich.

Ständige Verminderung der Heeresausgaben. — Das teure Berufsheer. — Pazifisten als Brunnenwegerister.

— Berlin, 23. Januar.

Reichswehrminister Groener, der dieser Tage in einer Unterredung mit einem italienischen Journalisten Deutschlands Politik auf der Abrüstungskonferenz in ihren Grundzügen dargelegt hat, hat nunmehr auch einem französischen Berichterstatter, nämlich dem Vertreter der "Volonte", eine Unterredung über die Abrüstungsfrage gewährt.

Auch diesmal wieder Minister Groener Deutschlands Forderung auf gleiche nationale Sicherheit in den Vordergrund. Die Entwaffnungsbestimmungen des Vertrags seien ziellos durchgeführt, mit dem Erfolg, daß Deutschland den 10 Millionen Mann, die seine Nachbarn sofort mobilisieren können, nur 190 000 Mann Reichswehr und 15 000 Matrosen entgegenstellen habe.

Wer die französischen Rüstungsmärkte und die Angaben des Senators Ecard über die Heeresausgaben betreffe, sei zunächst von Wichtigkeit, daß auch die französische Abrüstungsbestimmung ausdrücklich einen Vergleich der verschiedenen Heeressets als unmöglich betrachte. Frankreich habe die allgemeine Dienstpflicht, Deutschland das teure System des Berufsheeres.

Was das bedeute, zeige eine Berechnung, nach der die Kosten für 5100 Kavallerie des englischen Berufsheeres genau so hoch sind, wie die für 214 000 Soldaten des französischen Volksheeres. Das gleiche gelte für Deutschland. Da in Deutschland nur einige Privatfirmen ausschließlich für die Reichswehr Kriegsmaterial herstellen dürfen, sei es verständlich, daß Deutschland für jedes Stück Heeresmaterial sehr viel mehr bezahlt, als Frankreich mit seiner mächtigen Kriegsindustrie. Trotzdem sei der deutsche Heereshaushalt seit 1928 ständig herabgesetzt worden, während der französische sei seitdem dauernd erhöht hat.

Unter diesen Umständen könne wohl kaum ein vernünftiger Mensch noch von "Geheimrüstungen" sprechen. Zu den Ausführungen des Generals Bourgeois unterschreibt Groener, daß es in Frankreich heute mehr Offiziere und Unteroffiziere gebe, als die Reichswehr insgesamt überhaupt Mannschaften und Offiziere habe.

für die Angleichung des Völkerbundes an den Kellogg-Ballt soll während der Dauer der Abrüstungskonferenz erneut tagen. Der Zeitpunkt des Zusammentreffens wird vor dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz und dem Präsidenten des Völkerbundsrats bestimmt. Bisher hat der Ausschuss erfolgreich gearbeitet.

Rücktrittsgebet Drummmonds.

Nach Schluß der öffentlichen Sitzung lagte der Rat nochmals hinter verschlossenen Türen. Wie mitgeteilt wird, stand in dieser Sitzung das Rücktrittsgebet des Generalsekretärs Sir Eric Drummond zur Beratung. Sir Eric Drummond will Ende des Jahres Genf verlassen.

Die Wahl des neuen Generalsekretärs erfolgt auf dem einstimmigen Beschlusse des Völkerbundsrats und Mehrheitsbeschlusse des Völkerbundes.

Anlässlich der Ratstagung ist auch eine Saarabordnung, die von Kommerzienrat Röhlings geführt wird, in Genf eingetroffen. Die Abordnung will mit dem Rat in der Frage der Ernennung eines neuen Saarpräsidenten Fühlung nehmen. Wie man hört, soll ein Engländer zum Präsidenten der Saarregierung ernannt werden.

Doch noch Tributkonferenz?

— Paris, 26. Januar.

Wie aus französischer Quelle verlautet, rechnet man jetzt auch in französischer Regierungskreise damit, daß die Reparationskonferenz in irgendeiner Form doch noch im Februar stattfinden wird. Die Konferenz könnte ja, so erklärt war, in Paris, statt in Laiwanne im Anschluß an die Aussprache der Ministerpräsidenten auf der Abrüstungskonferenz in Genf stattfinden. Das würde etwa Mitte Februar sein.

Die deutsche Jugend werde im deutschen Geiste und in dem der Völkereröhnung erzogen. Geeignet, diese Erziehung zu verhindern, seien die Methoden, mit denen man in den letzten Jahren Deutschland daran gehindert habe, sich die freie und unabhängige Existenz zu sichern.

In Deutschland gebe es keinerlei militärische Jugendverbände, während man in anderen Ländern in großen Organisationen im Einvernehmen mit dem Kriegsministerium die Jugend auf den Militärdienst vorbereitet. Der Stahlhelm und die SA, Hitler, seien keine militärischen Verbände und verfügen über keinerlei Waffen.

Denkzettel für die Pazifisten.

Schließlich kam Minister Groener auch auf die Veröffentlichung der sogenannten Pazifisten zu sprechen. Minister Groener bemerkte dabei, in seiner Eigenschaft als Innensenator, er habe die Pflicht, die Elemente zu bekämpfen, die die Atmosphäre zwischen Deutschland und dem Ausland vergiften, indem sie „Entfütterungen“ über angebliche Vertragsverletzungen machen.

„Bisher“, so unterstellt Groener, „hat sich noch nie ein französischer Pazifist bei mir eingefunden, um mir Entfütterungen über die französischen Rüstungen zu unterbreiten. Da gegen sind es die angeblich deutschen Pazifisten, die die engsten Verbindungen zum französischen Generalstab und den nationalistischen Verbänden aus der anderen Rheinseite unterhalten.“

Zum Schluß handelte Minister Groener noch die nationalsozialistische Bewegung. Ob die NSDAP jemals allein die Führung werde übernehmen können, sei heute noch zweifelhaft. Wenn es aber ein Mittel gebe, diese Bewegung zu fördern, dann liege es darin, Deutschland als zweitklassige Nation zu behandeln.

Neue litauische Schikanen.

Einem schweren Abgeordneten die Reise in ein deutsches Sanatorium verweigert.

Der litauische Gouverneur des Memelgebiets, Merkys, der erstmals dem Vizepräsidenten des Memelgebietlichen Landtages, Schubert Meyer, und dem Landesdirektor a. D. Vorberet die Ausreisegenehmigung zur Teilnahme an der Tagung des Völkerbundesrates nach Genf verweigerte, hat jetzt dem schwer herzkranken Abgeordneten Rittergutsbesitzer Gubba die Ausreisegenehmigung zum Kurauftenthalt in Bad Tölz verweigert. Die Verweigerung der Ausreisegenehmigung erfolgte, obwohl Gubba zwei ärztliche Gutachten vorlegte und nachweisen konnte, daß eine größere Anzahl führender litauischer Politiker in ärztlicher Behandlung in Deutschland stehen.

Miete muß gezahlt werden.

lich beim Fehlen einer endgültigen Benachrichtigung über die neue Miete.

Ämlich wird mitgeteilt: Bekanntlich wußten noch den Bestimmungen über die Mietstellung die Vermieter bis zum 25. Januar ihren Mietern eine endgültige Mitteilung über die neue Miete nach. Nun wird in einer Melb. von Mietern die endgültige Mitteilung bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich sein. Das gilt vor allem für Neubauten, wo das Ausmaß der Zinsentlastung, von dem wiederum die Mietermäßigung abhängt, noch nicht überall voll zu übersehen ist. Die Rechtsregelung hat trotzdem die genannte Frist nicht verlängert, um zu verhindern, daß die endgültige Mietkürzung weiter als unbedingt erforderlich hinausgeschoben wird.

Zwar ist der Mieter nach den Durchführungswohrtreissen zur Mietstellung vor Redaktionen gefordert, wenn er mögliche des Schleims der endgültigen Benachrichtigung keine Miete nicht oder nicht rechtlich zahlt. Dieser Schluß vor Redaktionen bedeutet aber keineswegs, daß der Mieter vor der Verpflichtung zur Mietzahlung in diesen Fällen überhaupt bestellt ist. Auch dann, wenn eine endgültige Mietstellung über den neuen Mietzins noch nicht gegeben ist, hat der Mieter mindestens den Betrag zu zahlen, der sich vor- aussichtlich als endgültige Miete ergeben wird. Hat der Mieter von dem Vermieter eine vorläufige Berechnung erhalten, so wird es sich im allgemeinen empfehlen, zunächst endgültigen Berechnung zu zahlen.

Brünning an Hitler.

Nicht das System, sondern Verfaillies hat Schuld an der deutschen Not.

Berlin, 25. Januar. Dem Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, ist nunmehr die Antwort des Reichskanzlers Dr. Brünning auf die Denkschrift zur Präsidentenfrage zugegangen. Der Brief des Kanzlers umfaßt 6½ Scheibenmaßenleinen und behandelt zunächst eingehend die verfassungsschlechten und politischen Bedenken, die Adolf Hitler gegen die Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten auf parlamentarischem Wege geäußert hat.

Reichsanzler Brünning bemerkte dabei, es habe sich nicht um die Aufzehrung der Verfassungsbestimmungen über die Präsidentenwahl gehandelt, sondern lediglich darum, die Amtsduer der geschichtlichen Gestalt des ehemaligen Reichspräsidenten aus Gründen des Gelamitwohles des Volkes auf eine gewisse Zeit zu verlängern. Eine Aenderung der Verfassung im Wege der Gelehrung sei zulässig. Weiter betont der Kanzler, keine Anregung in der Präsidentenfrage sei ausschließlich von nationalen, überparteilichen Gesichtspunkten dictirt gewesen. Er müsse es ablehnen, mit Hitler in eine Erörterung über Schlagwortbegribe einzutreten. Er müsse es ferner auffällig finden, daß die Hauptrichtungen der deutschen Not auf parteipolitische Verhältnisse zurückgeführt werden sei.

Nach der allgemeiner Ausschaffung — heißt es dann wörtlich — ist ein außenpolitischer Tatbestand; der Vertrag mit seiner politischen und wirtschaftlich-finanziellen Ungerechtigkeit und Unvernunft, der entscheidende Grund unserer deutschen Not und zum großen Teil auch der Weltnot.

Die Bestimmungen und die Handhabung dieses Vertrages in den ersten fünf Jahren seiner Geltung haben alle deutsches Wiederaufbauverträge immer wieder zerstört, die deutsche Währung erschüttert und schließlich die Einheit des Reiches selbst bedroht. Wenn das Reich gerettet wurde, so ist das nur geschehen durch das Zusammenstehen aller Volksgenossen ohne Unterschied der Parteien.

An diesem Gesichtspunkt gehe Hitler vorbei. Wenn er übrigens keine Brünning'sche Anregung in der Präsidentenfrage als ein Produkt der Angst des Systems vor der politischen Auseinanderlegung mit dem Nationalsozialismus bezeichnete, so könnte er den Kanzler und seine Mitarbeiter nicht treffen. Durch das Vertrauen des Reichspräsi-

denten auf den Posten gestellt, kennen sie alle nur ein Ziel: Rettung des Vaterlandes aus seiner großen Not. Der Kanzler läßt dann mit folgenden Worten:

Wir können daher auch das Urteil des deutschen Volkes über unsere Maßnahmen nicht. Wenn Sie die von Ihnen gewünschte Fortsetzung des "herkömmlichen Systems" als einen politischen Gewinn Deutschlands bewerten zu wollen glauben, so muß ich Ihnen die Verantwortung für die letzten Angriff auf eine Regierung, die alle Kraft an der Besserung der Lage des deutschen Volkes in den kommenden Verhandlungen zu legen entschlossen ist, überlassen. Es muß Ihnen bekannt sein, wie die ganze Arbeit dieser Regierung von dem Prinzip der Außenpolitik bestimmt wird. Ebenso aber Sie nicht leugnen wollen, daß der außenpolitische Erfolg zum Teil durch die Erfolge in der Einheit bedingt ist, mit der die Nation hinter Ihnen unterdrückt steht. Ich kann nur bedauern, daß Sie selbst in dieser kritischen Lage nicht die Folgerung aus dieser Wahrheit ziehen, die sich von selbst ergibt. Wenn Sie zum Schlusse meine Fühlungnahme mit Ihnen als dem Führer einer, wie Sie sagen, jahrelang ausgesetzten Partei von dem Gesichtspunkt der Moral aus beurteilen, so kann ich Ihnen nur erwidern, daß es nicht das erste mal war, daß ich mit Ihnen politische Probleme besprochen und daß es andererseits sich für mich von selbst verstand, daß ich mich in einer ganzen Nation bei bewegenden Fragen auch mit dem Führer der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei unmittelbar in Verbindung setzte."

Revolution in Salvador.

Großhafte Ausschreitungen. — Die Regierungsteppchen Herr der Lage.

Neu York, 26. Januar.

In El Salvador ist eine neue Revolution ausgebrochen. Zahlreiche Regierungsoffiziere wurden ermordet und ihre Köpfe auf Pläne aufgespielt. Die Truppen sind der Regierung treu geblieben und haben sich in der Hauptstadt San Salvador verschanzt. Dorthin sind alle Fremden geflohen. Über das ganze Land ist Kriegsrecht und Zensur verhängt. Zahlreiche Kommunisten wurden hingerichtet.

Wie von Regierungsseite in Salvador verlautet, ist der Aufstand bereits im wesentlichen unterdrückt. Die Banden, die in zwei größeren Städten die Kästen und militärischen Magazine angegriffen und eine Anzahl von kleineren Städten geplündert haben, befinden sich auf der Flucht. Die Amerikaner haben zwei Zerstörer und das Hilfschiff "Rohrster" mit 1500 Seefeldern nach Salvador entsandt, die Engländer den kleinen Kreuzer "Dragon". Außerdem sind zwei kanadische Torpedoboote in Acapulca, dem wichtigsten Hafen des Landes, eingetroffen.

Die Revolte im Dartmoor Gefängnis.

Die Hafergrüne war nicht gesucht. — 200 000 Mark Sachschaden.

London, 26. Januar.

Das britische Innenministerium veröffentlicht einen Bericht über eine Meuterei im Dartmoor-Gefängnis. Danach kräftigt es nicht zu, daß zwei Gefangene erschossen worden sind, doch werden die Zwischenfälle ohne weiteres als sehr ernst eingestuft. Meuterei, bei der die Befreiung der Revolte verlebte Gefangene schweben in Lebensgefahr.

In der Presse hat die Revolte ungeheures Aufsehen erregt. "Times" meint, man sollte glauben, daß sich die Befreiung in einem anderen Zeitalter oder mindestens in einem anderen Lande als England ereignet hätten.

Die ersten Anzeichen der Unruhen zeigten sich schon in den früheren Monaten des Sonntags, als die Gefangenen ein furchtbares Geheul anstimmten, das sich von Zelle zu Zelle fortspflanzte. Beim Frühstück trommelten sie mit Löffeln und Gabeln auf die Tische und bellten sich darüber, daß die Hafergrüne nicht gesucht sei. Einige waren

den Wärtern ihre Portionen ins Gesicht. Auf dem Wege zur Kirche kam die Meuterei zum offenen Ausbruch. Die Gefan-

genen stimmten die Internationale an und versuchten sich auf die Wärter, die sie mit Nageln, Eisenstäben, Stöcken und Stichen angreiften. Ein Teil verhielt sich neutral, andere stellten sich sogar auf die Seite der Meuterei. Nachdem die Meuterei die Zellen der Verwaltungsgebäude gebrüllt hatten, stürmten sie das Verwaltungsgebäude und brachten es in Brand. Das Verwaltungsgebäude brannte in Flammen nieder.

Bei Meuterei wurden der Meuterei wurden in der Nacht von Cromwell 200 Soldaten sowie zwei Waffenfabriken mobilisiert und marschierten auf. Das Gefecht steht nun unter höchster Bewachung mit über 100 Polizisten. Der angesichts Schaden über 200 000 Mark gesetzt.

An der Revolte, der ersten in einer Strafanstalt, haben von den 480 Insassen 200 teilgenommen. Bei Ankunft der Polizei der Verwaltungsgebäude hat sich ein Teil der Meuterei sofort gewillig ergeben.

Truppenlandung in Shanghai.

Entsendung weiterer Verstärkungen. — Chinas Außenminister zurückgetreten.

Tokio, 26. Januar. Die Zahl der vor Shanghai liegenden japanischen Kriegsschiffe hat sich auf elf erhöht. 1000 japanische Seefeldern sind mit Feldgeschützen, Maschinengewehren und beträchtlichen Munitionsvorräten gelandet und in internationale Niederlande einmarschiert. Das japanische Kabinett billigte die Maßnahmen und beschloß Truppen nach der Mandchurie zu entsenden.

Auf chinesischer Seite ist eine neue Lage dadurch entstanden, daß der Außenminister Eugen Tchen, der die Abrück der diplomatischen Beziehungen zu Japan forderte und der Ministerpräsident Sunfo ihren Rücktritt haben.

Japan bestellt auf seinem Ultimatum.

Der Bürgermeister des chinesischen Viertels von Shanghai, Admiral Schiroawa, empfängt. Der Bürgermeister drückt dem Admiral die Hoffnung aus, daß er gelingen werde, die von Japan geforderte Aufstellung japanischer Verbände durchzuführen. Admiral Schiroawa teilte dem Bürgermeister mit, daß Japan unbedingt darauf bestehen, seine Forderungen innerhalb 48 Stunden erfüllt zu sehen. Eine weitere Befestigung des japanischen Ultimatums komme nicht in Frage.

Amerika gegen Truppenlandung.

Washington, 26. Januar. Die amerikanische Regierung wendet sich in Shanghai gegen die japanischen Militärmachthaber in der internationalen Ansiedlung Shanghai. In hohen Regierungsräumen versteht verlautet, daß die Washingtoner Regierung weiter japanische Truppenlandungen in Shanghai als "erste Überraschung" ansehen würde. Söldne japanischen Maßnahmen würden nur gerechtfertigt, wenn japanisches Leben und Eigentum in Shanghai gefährdet sein würde, das treffe jedoch nicht zu.

Konferenz der Kultusminister.

Berlin, 26. Januar. Nachdem vor einiger Zeit bereits Befreiungen der Innenminister der deutschen Länder im Reichsministerium des Innern abgehalten worden sind, wird nun am Sonntag, den 26. Januar, vermutlich eine Konferenz der Kultusminister der Länder stattfinden, zu der die Einladungen bereits im Laufe der vorigen Woche hinaus gegangen sind. Das Hauptthema wird die Entpolitisierung der Schule sein. Das Bestreben geht weiter dahin, alle die zusammenhängenden Fragen einer weiteren Konferenz zuzuführen.

Karl der Große

KARL DER GROSSE
ROMAN VON WOLFGANG MARKEN
URHEBER-RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU SA.

(16. Fortsetzung.)

„Wenn sie hier aber die Täufender für Ihre Feste verlangt?“

„Ich... geb sie nicht,“ lagte Bolle fest. Dann aber wurde er etwas kleinlaut. „Mama ist ja sehr energisch.“

Karl sprach ihm Mut zu. „Sie sind letzten Endes der Mann, Herr Bolle.“

Bolle schlug auf den Tisch.

„Es richtig! Es muß sein.“

Frau Schippe brachte den Wein und schenkte den beiden Männern ein. Auf ihre Bitten holte sie sich ein drittes Glas und tat ihnen Beiseite.

Am angenehmer Unterhaltung, die sie einander noch näher brachte, bießen sie zusammen bis kurz vor Mitternacht.

Dann erhob sich Bolle und nahm herzig Abschied.

„Also, Ohren steif halten!“ sagte Karl zum Abschied.

„Wird gemacht, Herr Große!“ lagte Bolle mutig.

8.

Um nächsten Morgen erhielt Bolle die Bankabrechnung. Als er sie überlas, stiegte er bei einem Posten von 10 000 Mark. Er blickte genau hin. Es war ein Schein, der abgezogen worden war.

Da er nichts wußte, wem diese Zahlung galt, klingelte er die Bank an und erfuhr, daß der Schein die Unterschrift Manfreds getragen und von ihm selber eingetragen worden war.

Bolle kochte vor Wut. Schon bald gab der Junge für sich selber von der Bank ab ohne ihm ein Wort zu sagen. Das war zu arg.

Er ließ Manfred rufen.

Die Verlegenheit stand dem jungen Manne mit übernächtigen Augen auf dem Ansig.

„Morgen, Papa!“

„Morgen! Du hast die zehntausend Mark von der Bank geholt?“

„Stimmt! Vor acht Tagen schon.“

„So! Zu was brauchst du das Geld?“

Gott, zu was braucht ein junger Mann wie ich, der sein Leben genießt Geld? Zu allen möglichen Dingen. Einmal Spielschulden. Nicht zu arg etwas. Wettshulden und so kostet das Leben auch allerhand.“

Der Bolle kochte es. Am liebsten hätte er seinen Sprößling eine runtergehabt. Aber er nahm sich zusammen.

„So! Das Leben kostet so allerhand. Ich hab das immer freien Lauf gelassen. Aber jetzt wird es zu viel.“

„Wie soll ich deine Worte verstehen, Papa?“

„Fürchterlich einfach. Heute schreibe ich der Bank, daß deine Wollmacht aufgehoben ist. Weiterhin mits der monatlich statt der laufenden Mark Gehalt nur fünfhundert Mark erhalten.“

Manfred lächelte höhnisch.

„Unsinn Papa! So nimm doch Bernunkt an. Hast gestern wieder in harten Gold gewonnen.“

Bolle lächelte hart auf. „So und da denkt du, das ist für die Familie? Nein, nein, da kräf du dir man gemalts. Ich lasse mein Geld nicht mehr durch die Familie durchbringen.“

Der Herr Große hat schon recht, daß ich 'n 'Vid bin der Schuft und schuft und ihn bringt's durch. Das ist vorbei und wennste Schulfen machst ich bezahle nicht, nicht und nochmal nicht. Das merkt dir Fang mir ja nicht mit den Wechselfam.“

Das möcht ich dir nicht mit den Wechselfam.“

Und damit leckte sich Bolle wieder an seinen Schreibtisch.

Manfred merkte so langsam, daß der Alte es bitter ernst meinte. Eine mähsame Wit gegen Große, den er in allem für den Stufenleiter hielte. Aber er hieß sich zurück.

„Papa, so nimm doch Bernunkt an. Schlecht ist es doch meine Pflicht als Jungherr zu repräsentieren.“

„Ich wüßt auf dein Verständen. Arbeit tüchtig, hifft mit daß die Firma hoch kommt und seid dir in euren Kunden als 'nen vernünftigen Mensch nicht als Modeaffe.“

Der Herr Große mußte sich unterdrücken und lachte. „Die märscht nicht empörend?“

„Aber Papa du mußt dir doch überlegen, daß ich mit fünfhundert Mark im Monat nicht auskommen kann. Das ist doch unmöglich.“

Bolle kannte ihn verächtlich an.

„Doch sollt dir mas schämen! Du junger Mensch dem grohmann und Eßen nicht kost du willst mit fünfhundert Mark nicht auskommen?“

Da auf mal in den Betrieb, der hat seid Kinder und verdient im Monat dreihundert Mark. Und wie kommt der aus? Geh immer abreit und seine Kinder genau so.“

Der ist auch in ein paar Bereichen und manchmal auch 'nen Taler springen lassen. Und du willst mit fünf-

hundert Mark nicht auskommen? Junge, es wird Zeit, daß du den Taler wieder achtig kennst. Vom Penny will ich gar nicht reden. Allo Schlaf! Was ich gelagt habe bleibt.“

Manfred verließ zähneknirschend das Privatkontor des Vaters.

Er wollte warten, bis eine günstigere Gelegenheit kam. Am besten war es, sich hinter Mutter zu stecken.

Aber Karl Große hießte er von nun an doppelt grimmig.

Als er in seinem Privatkontor war, kam Steinbeck und begrüßte ihn in vertraulicher Weise.

„Habe gehört. Ihr Vater hat gestern in Grunewald einen großen Schlag gemacht.“

„Stimmt, Herr Steinbeck. Der Alte hat über sechzehn tausend Mark gewonnen.“

„Donnerwetter, da muß ich Ihrem Herrn Vater gratulieren.“

„Tun Sie es lieber nicht. Er ist nicht bei Paune. Hat die Bantabrechnung gekriegt und gelesen, daß ich mir gegen Wille geholt habe.“

„Zu Babel! Und da war er ungädig?“

„Nicht zu knapp! Mir will er die Bollmacht nehmen, und dann hat er mein Gehalt auf fünfhundert Mark herabgesetzt.“

„Das nicht empörend?“

„Große dahinter, der ihn aufgehegt hat. Erwürgen kann ich ihn.“

Steinbeck schüttete den Kopf.

„Das ist allerdings arg. Wie sollen Sie mit den paar Märschen auskommen? Ich wollte Ihnen Herrn Vater um Gehaltserhöhung bitten und dachte, daß heute die Gelegenheit günstig ist, aber nun will ich doch lieber warten.“

„Die schon besser. Heute lebt er es Ihnen höchstens herunter.“

„Haben Sie eine Ahnung, was Ihr Herr Vater den Große zahlt?“

„Keine Ahnung. Aber ich muß es erfahren. Und der Bursche muß aus dem Betrieb, folste es, was es wolle!“

Nach einer halben Stunde wurde Bolle durch den Betrieb seiner Tochter Eveline überrascht.

Eveline war eine Frau von sechzehn Jahren die zwei ande-

re durch ihre Schönheit — außerdem war sie sehr gut ausgetrimmt — jünger wirkte. Sie hatte etwas aus-

gesprochen Mondänes in ihrer Erscheinung.

Bolle ahnte schon, was sie hertrieb. (Fortsetzung folgt.)

Vergungssarbeiten eingestellt.

Nachdem der Vergungssmann mit Vertretern der zuständigen Behörde nochmals die Vergungsszene und die aufgewühlten Unglücksfälle der Gewerkschaftszentren beobachtet hat und alle Beteiligten in der Überzeugung gekommen sind, dass die Vermissten nicht mehr leben können und eine Fortsetzung der Vergungssarbeiten für das Leben der einzuliegenden Mannschaften höchst gefährlich ist, sind die Vergungssarbeiten eingestellt worden. Nach die hinterbliebenen der Vermissten sind damit einverstanden.

Verteidigerstreit im Sklarek-Prozess.

— Berlin, 26. Januar.
Im Sklarek-Prozess begann die neue Woche mit einer Überraschung. Als Prozess gegen den den Sklareks vorstehenden gemacht wurde, sie hätten immer noch Geld für Autowrak, waren die Anwälte Dr. Julius Weier und Dr. Winkler nicht zur Verhandlung erschienen. Anwesend war lediglich der dritte Verteidiger. Die Sitzung verlief ruhig und erbrachte nichts von Bedeutung.

Wieder Steuererzungszuschläge.

1½ v. h. halbmonatlich ab 1. Februar.
Die durch die 4. Notverordnung vom 8. Dezember 1931 aufgehobenen Steuererzungszuschläge werden am 1. Februar wieder eingeführt. Der neue Verzugszuschlag beträgt halbmonatlich 1½ v. h. Der Zuschlag gilt für die wesentlichen Steuerarten, sowohl für die Steuern des Reiches als auch der Länder und Gemeinden, u. a. für die Einkommensteuer, Vermögenssteuer, Erbabschöpfungssteuer, Gewerbesteuer, Grund- und Gewerbeabgabe und die Bürgersteuer wird von den neuen Maßnahmen nicht erfasst.

Die Wiedereinführung der Steuererzungszuschläge wird damit begründet, dass die Steuerrechte in letzter Zeit erheblich zurückgegangen sind. Das Reichsfinanzministerium habe sich insbesondere von dem Gedanken leiten lassen, dass die Gemeinden unter allen Umständen die notwendigen Gelder für die Wohlfahrtserwerbslosen zur Verfügung haben müssen.

Aussprache in Paris.

Zweistündige Unterredung des englischen Botschafters mit Laval und Flondin.

— Paris, 26. Januar.

Am Montag fand im Außenministerium eine zweistündige englische Besprédung statt, an der der Ministerpräsident und Außenminister Laval, Finanzminister Flondin, der englische Botschafter Lord Threlfall und der erste Botschaftsrat teilnahmen. Die Unterredung, die fast zwei Stunden dauerte, galt in erster Linie dem Vertrag, eine gemeinsame Haltung in der Tribut- und Schuldenfrage vorzubereiten. Obwohl eine amtliche Verlautbarung nicht ausgetragen wurde, staubt man in unterrichteten Kreisen zu wissen, dass

eine bedeutende Annäherung (7) in den wesenlichsten Punkten erzielt worden sei. Der englische Botschafter hat seiner Regierung sofort Bericht erstattet. Es soll übrigens die Möglichkeit erogen werden sein, die Lomanner Konferenz im Februar oder Juni abzuhalten.

Mit der angeblichen Annäherung, von der in der Presse die Rede ist, scheint es nicht weit her zu sein. In diplomatischen Kreisen Londons werden die Pariser Tributverhandlungen durchaus pessimistisch beurteilt. Die Hoffnung, dass am Montag die Entscheidung über das zulämmertes Laval-Macdonald fallen würde, hat sich nicht erfüllt. Die pessimistische Summung ist das Ergebnis der anscheinend negativ verlaufenen Unterredung zwischen Laval und dem englischen Botschafter, seit der letzten Unterredung des deutschen Botschafters,

Freiherrn von Neurath, mit dem Unterstaatssekretär Bansfart am vergangenen Freitag ist die englische Regierung nicht wieder mit neuen Vorwürfen an die deutsche Botschaft herangetreten. Das Schwergewicht der Verhandlungen liegt jetzt vielmehr in der Aussprache mit Paris. Hierbei hat die englische Regierung erneut zum Ausdruck gebracht, dass sie die Tributkonferenz für wünschenswert hält, deren Ziel eine möglichst endgültige Regelung der Tributfrage sein müsse. Mit diesem Gedanken hat sich, soweit in London verlaufen, Laval noch nicht einverstanden erklärt.

Industrieller tödlich verunglückt

— Düsseldorf, 26. Januar.

Dem Leiter der seit Jahresfrist stillgelegten Hütte Rheiherl-Meiderich, Dr. Ester, der auch dem Vorstand der Vereinigten Stahlwerke angehört, drangen, während er eine in seinem Schreibbüro liegende Selbstladepistole untersuchte, zwei Angeln in die Brust. Ein Berluder, Dr. Ester durch Rettungsversuch am Leben zu erhalten, miflang. Dr. Ester ist dann an Herzschwäche verstorben.

Der Direktor Dr. Ester hatte vor einem Jahre schon einmal bei einem Autounfall eine schwere Verletzung erlitten. Damals konnte man ihm nur durch eine sofortige Operation und die Entfernung einer silbernen Schädelplatte das Leben erhalten.

Für und wider im Mandchukreich-Konflikt

Scharfer Zusammenstoß in der Ratsföhrung.

— Genf, 26. Januar.

In der gestrigen Nachmittagssitzung des Völkerbundsrates, in der der japanisch-chinesische Streitfall behandelt wurde, kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen den Vertretern beider Länder. Der chinesische Gesandte Yen verfasste eine scharfe Erklärung, in der u. a. festgestellt wird, dass japanische Truppen nach einem wohlgedachten und brutal ausgeführten Plan die gesamte Mandchukrei besetzt hätten. Darauf habe das dem Völkerbund gehobene

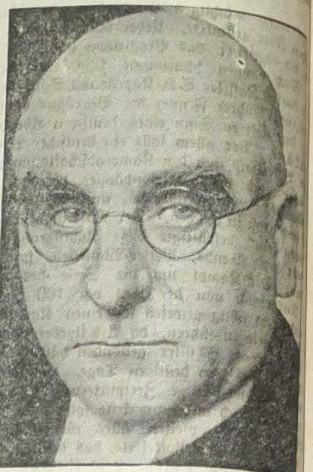
Besprechen, keine Truppen so schnell wie möglich ziehen, nicht gehalten. Der Völkerbund dürfe bis auf die Vergleichsversuche verzichten.

Der japanische Botschafter Sato leugnete der gesamten Mandchukrei durch japanische Truppen, denen das Bestehen Japans abhängt, zu, was von Seiten der Befürchtung der Sicherheit des Landes, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen und die Sicherung der Ausländer anwenden. Vor der neuen Maßnahmen müsse das Ergebnis des Untersuchungsausschusses abgewartet werden.

Das Stillhalteabkommen in Großbritannien

Frankreich will die Berliner Abmachungen beibehalten.

Der Ausschussrat der Bank von Frankreich und Donnerstag zusammen, um endgültige Belehrung über die Verlängerung des französischen Kreditausgleichs von 100 Millionen Dollar-Kredit für die Reichsbank. Einige Blätter spielen mit der Drohung, dass die Frankreich ihren Kreditanteil nicht verlängern wird, durch das Stillhalteabkommen hinfällig werden.



Dr. h. c. Otto Braun, seit 1920 preußischer Ministerpräsident, wird am 26. Januar 1932 60 Jahre alt.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute gegen 1/27 Uhr starb unsere Mutter die

Witwe
Anna Martha Asmann,
geb. Blum
im 81. Lebensjahr
Lehrer Georg Asmann und Frau
Maria geb. Pöck

Elbersdorf, den 25. Januar 1932.

Die Beerdigung findet am Donnerstag um 8 Uhr statt.
Nach dem Begräbnis der Verstorbenen Kranspenden dankend vertragen.



Gesangverein „Li der darf“

Mittwoch Abend 7/9 Uhr
1. Tenor

Donnerstag Abend 7/9 Uhr
2. Tenor

Freitag Abend 7/9 Uhr
1. Bass

Sonnabend Abend 7/9 Uhr
2. Bass

Ort: Schule
Der Vorstand.

Chorverein „Liederfräulein“

Donnerstag abd. 1/29. Uhr

Gesangstunde

Der Vorstand.

Elektrisch betriebene Häcksel- u. sonstige Fullierzerkleinerungsmaschinen, Mekanlagen, landwirtschaftliche Transportanlagen, Aufzüge, Kreisägen usw.

Wir beraten Sie fachmännisch und unverbindlich.

Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft Mitteldeutschland
BETRIEBSVERWALTUNG FELSBURG
Bez. Kassel
Rn. Gensungen II 30

Schöne helle Linsen
gut kochend empfiehlt
Karl Bender.

Klipps Kaffee
H. Mehr.

Mittwoch früh
Frische Schellfische
grüne Heringe
Fisfilet
Karl Bender, Spangenberg.

Kaiser's Brustcaramellen
Hustenbonbons
Bienenhonig
Kunsthonig off. H. Mohr.

Ia. frisches Sauerkraut
eingetroffen
Karl Bender.

Das Geschnitten lebendiger Hennen
ist in der Zeit vom 1. März bis 31. Juli verboten.
Empfiehlt sich also, das Geschnitten abzulegen vorzunehmen.
Spangenberg, den 23. 1. 1932.

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Futterleinsaat

gereinigt u. gemahlen
offeriert billig

H. Mohr.

Mittwoch früh:



Ia Schellfisch,
Fischfilet,
Bücklinge,
Sprotten
Schmandheringe
Holländer Heringe
Deutsche Vollfettheringe
H. Mohr.

Suppen-Reis Futter-Reis

billig
H. Mohr.

Riesen Linsen
lange Bohnen
Ia. gelbe und
grüne Erbsen
H. Mohr.

Lest Euer Heimatblatt!